

Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

Herausgeber: Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

Band: 85 (1907)

Artikel: Basel in den Dreissigerwirren : die erste Revolution bis zur neuen Verfassung vom Februar 1831 [erster Teil]

Autor: Bernoulli, August

Kapitel: 2.: Der offene Aufstand

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1006967>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Misstrauen gegen diese Verfassung zu erfüllen, indem sie vorgaben, die Regierung wolle damit nur Zeit gewinnen, um nachher alles wieder beim Alten zu lassen. Die Zahl der Unzufriedenen wuchs daher zusehends, und die Bewegung verbreitete sich mehr und mehr auch über solche Gemeinden, wo bisher völlige Ruhe geherrscht hatte. Auch konnte es den Wühlern nur zur Ermutigung gereichen, als sie vernahmen, daß am 27. Dezember die Tagsatzung beschlossen habe, sich in die innern Angelegenheiten der Kantone nicht einzumischen. Denn nun wußten sie, daß sie auch im äußersten Fall von dieser Seite nichts zu befürchten hätten.

Zu diesem Tagsatzungsbeschuß hatte auch Basel gestimmt, indem die Regierung nicht zweifelte, daß zur Durchführung der neuen Verfassung es keiner Bundeshilfe bedürfen werde. Doch ebenso wenig fühlte sie sich beunruhigt, als nach Weihnachten von Aesch her die Meldung einlief, daß dort die Brüder von Blarer bei einem Büchsenhsmied 20 alte Gewehre hätten in Stand stellen lassen. Denn als folgenden Tags beantragt wurde, die ältere, nicht mehr milizpflichtige Mannschaft in der Stadt als Bürgergarde zu organisieren, wurde dieser Vorschlag vom Kriegsrat als „zur Zeit unnötig“ abgelehnt. Wenige Tage später, am 30. Dezember, war die Arbeit der Verfassungskommission beendigt, und in Eile wurde ihr Entwurf gedruckt, um ihn auf nächsten Montag (3. Januar) dem Grossen Rat vorlegen zu können. Doch eben diese Sitzung war auch für die Bewegungspartei der längstbestimmte Zeitpunkt zur Ausführung ihrer Pläne.

2. Der offene Aufstand.

Nachdem schon zwischen Weihnacht und Neujahr in Liestal beim Engelwirt Buser eine Besprechung stattgefunden, versammelten sich Sonntag den 2. Januar die Häupter der Bewegung samt zahlreichen Vertretern des Birsecks in Muttenz, im ganzen etwa 300 Mann. In Ausführung der hier gefassten Beschlüsse wurden hierauf die Nacht hindurch von 10 Schreibern an sämtliche Gemeinden des Kantons Briefe gerichtet, welche „im Namen von mehr als 1000 Kantonsbürgern“ die Aufforderung enthielten, nächsten Dienstag den 4. Januar möglichst zahlreich in Liestal zu erscheinen, um dort auf einem Landtag einen Verfassungsvorschlag zu beraten, da der Entwurf der Verfassungskommission „den allgemeinen Wünschen“ nicht entspreche. Als unerlässliche Grundlagen einer neuen Verfassung wurden auch hier die unbedingte Vertretung nach der Volkszahl, die völlige Gleichheit zwischen Stadt und Land, sowie auch ein direkt vom Volk zu wählender Verfassungsrat aufgestellt. Um aber die Bürger zum Besuche dieses Landtags zu bewegen, solle der Brief ungesäumt vor versammelter Gemeinde verlesen werden.

Zur Ausarbeitung des verheißenen Verfassungsvorschlags trat folgenden Tags ein zehngliedriger Ausschuß in Liestal zusammen, und inzwischen wurden die Briefe den verschiedenen Gemeinden durch Sendboten zugestellt, welche zugleich mündliche Erläuterungen beifügten. So durchzogen z. B. 4 Münchensteiner, je zwei und zwei, an diesem Tage die Gemeinden des Birsecks und gaben überall die Weisung: wer eine Uniform besitze, solle auf dem Landtag in dieser erscheinen; auch solle jede Gemeinde eine Fahne mitbringen, und beim Aufbruch des Zuges sollten eine halbe Stunde lang die Kirchenglocken geläutet werden. Wo jedoch trotz alledem eine Gemeinde sich ablehnend verhalten wollte, wie z. B. in Reinach, da wurde gedroht, daß die Mannschaft des alten Kantonsteils kommen werde, um das Dorf anzuzünden, und solche Drohungen verfehlten ihre Wirkung nicht. In die Gemeinden des alten Kantons wurden die Briefe von Liestal aus meistens durch reitende Chasseurs in Uniform vertragen, und zwar zum Teil durch Jünglinge, welche diese Uniform anzogen, ohne wirklich der Kavallerie anzugehören. Auch hier wurde, wo es nötig schien, bei Abgabe des Briefes noch mündlich mit Häuseranzünden gedroht, falls etwa seinem Inhalt nicht nachgelebt würde. Solche Drohungen bewirkten in der Tat, daß auch in den bisher ruhig gebliebenen Dörfern der Brief vor versammelter Gemeinde verlesen und überall die Anhänger der Regierung mehr oder weniger eingeschüchtert wurden.

Während in solcher Weise die gesamte Landschaft in Aufregung versetzt wurde, versammelte sich an demselben Montag in Basel der Große Rat, und gleich bei der ersten Umfrage äußerte ein Mitglied der Verfassungskommission, Brüderlin-Plattner von Liestal, daß bei der jetzigen Stimmung des Landvolks das im Entwurfe vorgeschlagene Vertretungsverhältnis nicht mehr genüge. Er stellte deshalb den Antrag, zur Beruhigung der Gemüter gleich in dieser Sitzung die grundsätzliche Vertretung nach der Kopfzahl zu beschließen. Darauf entgegnete Bürgermeister Wieland, der an Stelle des an die Tagsatzung abgeordneten diesjährigen Amtsbürgermeisters Frey den Vorsitz führte, daß nach der bestehenden Ordnung dieser Antrag erst bei der morgen stattfindenden Beratung des ganzen Entwurfes zur Behandlung gelangen könne. Da jedoch folgenden Tags Brüderlin samt andern Großenräten vom Lande nicht mehr erschien, so fiel sein Antrag dahin. In der Sitzung vom 4. Januar zeigte nun der Bürgermeister zunächst an, daß der Kleine Rat an die auf heute nach Liestal angesezte Volksversammlung eine Abordnung gesandt habe, um unter Hinweis auf den Verfassungsentwurf eine Verständigung zu versuchen und jedenfalls von ordnungswidrigen Schritten abzumahnen. In der nun folgenden Beratung des Verfassungsentwurfes wurde vielfach die Ansicht ausgesprochen, daß derselbe hinsichtlich des Vertretungsverhältnisses die äußerste Konzession enthalte, welche die Stadt machen könne, und daß mithin, falls noch mehr verlangt würde, die völlige Trennung zwischen Stadt und Land den einzigen Ausweg bilden könnte. Das Endergebnis dieser Beratung war

übrigens, daß der ganze Entwurf, wie die schwerfällige bisherige Ordnung es vorschrieb, vor dem endgültigen Entscheide des Großen Rats noch dem Kleinen Rat zu möglichst baldiger Begutachtung überwiesen wurde.

Indes in Basel diese Sitzung des Großen Rats zu Ende ging, begann in Liestal nachmittags 2 Uhr die angesagte Volksversammlung, zu welcher aus allen Bezirken, teils zu Wagen, teils zu Fuß, im ganzen wohl 2 bis 3000 Mann sich eingefunden hatten. Manche waren bewaffnet, die meisten trugen an ihren Mützen oder Tellerkappen bereits die rotweiße Kokarde, d. h. die Liestaler Farben, im Gegensatz zur schwarzweißen Basler Kokarde, wie sie sonst die obrigkeitlichen Beamten und das Militär trugen. Dem Wirtshaus zum Engel gegenüber war auf der Wiese auf Leiterwagen eine Rednerbühne errichtet, und auf dieser stand als Leiter der Versammlung der junge Heinrich Plattner, und neben ihm Johann Martin von Sissach, ferner Anton von Blarer, Kummeler-Hartmann und andere Führer der Bewegung, indes Guzwiller als Grossrat noch in Basel weilte. Unter die zuhörende Volksmenge aber hatten sich wohl 50 Helfershelfer verteilt, deren Aufgabe es war, durch rechtzeitiges und überlautes Beifallrufen die unwissende Menge zur Annahme der vorgeschlagenen Beschlüsse anzufeuern. Auch wurde nicht versäumt, dem Volke von der Bühne aus die Gleichheitsurkunde von 1798 zu zeigen. In den nun gehaltenen Reden aber wurde der dem Großen Rat vorgelegte Verfassungsentwurf, dessen Inhalt die meisten Zuhörer noch gar nicht kannten, als „ein elendes Machwerk“ bezeichnet und zugleich versichert, falls derselbe vom Volk verworfen werde, so müsse alsdann — wenn es nach dem Sinn der Stadt gehe — einfach alles beim alten bleiben. Es wurde deshalb vorgeschlagen, zunächst einen direkt vom Volke zu wählenden Verfassungsrat zu fordern, sodann für die Landbezirke eine Vertretung im Großen Rat im Verhältnis von $\frac{5}{7}$ der Gesamtheit, und endlich über beide Begehren eine bestimmte Antwort der Regierung innerhalb 24 Stunden. Auch sollte auf übermorgen jede Gemeinde wieder einen bevollmächtigten Vertreter nach Liestal abordnen, um die Antwort der Regierung entgegenzunehmen und je nach dem Ergebnis weitere Beschlüsse zu fassen.

Dank der vortrefflichen Organisation mit den 50 Vorschreien fehlte es keinem dieser Anträge an sofortiger jubelnder Zustimmung, gegen welche sich keinerlei vernehmbare Opposition hervorwagte, und in kurzer Zeit waren sie somit alle zum Besluß erhoben. Erst hierauf wurde der Versammlung angezeigt, daß auch Abgeordnete von Basel gekommen seien. Die Frage, ob man sie anhören wolle, wurde allgemein bejaht. Doch auf die weitere Frage, ob die Kommission zu ihnen gehen solle, lautete die allgemeine Antwort: „Nein, sie sollen hierher kommen!“ So erschienen sie nun, die 4 Abgeordneten der Regierung, zu Fuß neben reitenden Chasseurs einhergehend, so daß ihr Anblick, wie nachher ein Landbürger als Augenzeuge erzählte, an „gefangene Missstäter“ mahnte und „die Redlichen im Volke“ mit Wehmut erfüllte.

Der erste von ihnen, der das Wort ergriff, war der allbekannte Ratsherr Johann Georg Stehlin; jedoch seine schwache Stimme war schuld, daß er nur von wenigen gehört wurde. Ratsherr Singeisen aber, ein geborner Liestaler, wandte sich beim Sprechen zu sehr von der Hauptmasse ab, weil ihn die Sonne blendete, so daß auch er von den meisten nicht verstanden wurde. Ratsherr Minder hingegen wurde gut verstanden und anfangs gerne gehört. Als er jedoch zur Geduld aufforderte, bis die neue Verfassung fertig sei, da erhob sich sofort ein wildes Geschrei: „Keine Geduld, keine Geduld!“ Er kam hierauf nicht mehr zu Worte, und auch dem vierten Redner, Oberstlt Werthemann, erging es nicht besser. Es blieb daher bei den bereits gefaßten Beschlüssen, und diese wurden nun sofort in einem von den 10 Leitern der Versammlung unterzeichneten Schreiben niedergelegt, welches den heimkehrenden 4 Abgesandten zu Handen des Kleinen Rats mitgegeben wurde. Unter der Menge aber wurde inzwischen das Gerücht verbreitet, diese Gesandten hätten nun die gestellten Forderungen bewilligt, und so zogen z. B. die meisten Birsecker wieder heimwärts im guten Glauben, daß dem wirklich so sei. Doch auch ohne das konnten die Führer der Bewegung auf den Erfolg dieses Tages mit voller Befriedigung blicken, da alles durchaus nach Wunsch verlaufen war. Die Regierung hingegen hatte mit ihrem Versuche, den drohenden Sturm noch in letzter Stunde auf gütlichem Wege zu beschwören, eine offenkundige Niederlage erlitten.

An demselben Tage, wo dies in Liestal geschah, vollzog sich in Basel eine Bewegung in entgegengesetztem Sinne. Schon Tags zuvor hatte die Nachricht von der bevorstehenden Volksversammlung unter der Bürgerschaft große Aufregung verbreitet. Am 4. Januar aber, als bei Tagesanbruch mehrere Wagen voller Landleute aus dem Birseck hart an der Stadt vorbei zu dieser Versammlung fuhren und ihre Insassen ein höhnendes Geschrei erhoben, da wurde — allerdings unnötigerweise — in der ganzen Stadt Alarm geschlagen, so daß alle Militärflichtigen auf ihre Sammelpläze eilten. Wohl stellte sich bald heraus, daß es nur blinder Lärm gewesen. Doch die Aufregung blieb, und schon vormittags, als noch der Große Rat seine schon erwähnte Sitzung hielt, kamen viele Bürger vor dem Rathause zusammen, wo sie erfuhren, daß nachmittags sowohl der Kleine Rat als auch der Stadtrat sich versammeln werde.

Als nachmittags eine noch größere Menge, wohl 1000 Bürger, auf dem Marktplatz erschien und ratlos wartete, was wohl geschehen werde, da öffnete sich ein Fenster des Rathauses, und Hauptmann Fürstenberger rief hinaus, man wolle hinauf in die Martinskirche. Sofort strömte alles dorthin, und nachdem Pfarrer von Brunn die Versammlung mit Gebet eröffnet und in einer Ansprache zur Ruhe und Ordnung ermahnt hatte, ergriffen verschiedene Bürger das Wort. Da es in der Tat den Anschein hatte, als stehe jetzt die gesamte Landschaft auf Seite der Bewegungspartei,

so äußerten mehrere Redner sich dahin, daß die Kantonsregierung nun keinen Zweck mehr habe, daß also nicht für sie und ihre Stellung man die Waffen ergreifen müsse, sondern lediglich zum Schutze der Stadt, unter Leitung des Stadtrats. Gegen diese einseitige Auffassung, welche rein nur die lokalen Interessen berücksichtigte, erhob sich der Pfarrer zu St. Leonhard, Daniel Kraus, indem er auf eine Bank stieg und mit großer Wärme und Begeisterung die Sache der Regierung verteidigte, deren Unterstützung der Bürgerschaft heilige Pflicht sei. Der allgemeine Beifallssturm, womit diese Rede aufgenommen wurde, zeigte deutlich, daß er den richtigen Ausdruck gefunden hatte für die Gesinnung, welche die große Mehrheit der Bürgerschaft beseelte. Bald darauf erschienen auch Abgeordnete des Stadtrats mit der Anzeige, daß auf Ansuchen dieser Behörde der Kleine Rat angeordnet habe, noch diesen Abend mehrere Tore zu verrammeln und auf die Wälle Kanonen zu führen. Diese Nachricht erfüllte die Versammlung mit Befriedigung, und indem sie nun die Kirche verließ und sich auflöste, verbreitete sich bald durch die ganze Stadt eine begeisterte Stimmung, welche der ungewissen Zukunft mit Entschlossenheit entgegensah.

Noch denselben Abend erließ der Stadtrat im Einverständnis mit dem Kleinen Rat eine Proklamation, worin er die Zusicherung gab, daß die Behörden alle Maßnahmen treffen werden, welche zur Sicherheit und nötigenfalls auch zur Verteidigung der Stadt erforderlich seien, doch in der Erwartung, daß jeder Bürger ihren Anordnungen auch den schuldigen Gehorsam leiste. Diese Kundgebung wurde am folgenden Morgen in der ganzen Stadt verbreitet, noch bevor sie gedruckt war, indem der Notar J. J. Schmid aus eigenem Antrieb es unternahm, unter Begleitung des Stadttambours alle Gassen zu durchziehen und überall der durch die Trommel herbeigerufenen Menge das Schriftstück vorzulesen. Im Rathaus aber nahm inzwischen der Kleine Rat das von der gestrigen Abordnung mitgebrachte Schreiben der Liestaler Volksversammlung entgegen, und dieses wurde, wie zu erwarten war, unter Hinweis auf die vom Großen Rat für die neue Verfassung schon im Dezember festgestellten Grundsätze abschlägig beantwortet. Zugleich aber erging eine Proklamation an das Landvolk, welche neben den wesentlichsten Grundzügen dieser Verfassung hauptsächlich die Zusicherung enthielt, daß der Kleine Rat diesen Entwurf beförderlich in Beratung ziehen und spätestens Anfangs Februar dem Großen Rat vorlegen werde. Hieran knüpfte sich die Ermahnung, das Ergebnis dieser Beratungen zutrauensvoll abzuwarten, aber zugleich auch die Erklärung, daß die Regierung alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden werde, um Ruhe und Ordnung zu erhalten und Personen und Eigentum vor ungefährlichen Handlungen zu schützen. Weitere gedruckte Kundgebungen erschienen schon in den nächsten Tagen auch von privater Seite. Neben solchen, welche an die Stadtbürger gerichtet waren, forderte eines dieser Flugblätter speziell die in Basel wohnenden Landbürger auf, zum Schutze der Stadt ebenfalls

sich zu waffen, und dieser Aufruf ging von einem Verein solcher Landbürger aus. Eine Gesellschaft von Stadtbürgern hingegen, nämlich das „Kämmerlein auf dem Marktplatz“, richtete auch „Worte des Friedens an unsere Mitbürger ab der Landschaft“, worin der Verfassungsentwurf erklärt und zur Annahme warm empfohlen wurde.

Doch vor allem galt es nun, zur Verteidigung gerüstet zu sein, und deshalb wurde noch am Abend des 4. Januar eine fünfgliedrige „Militärikommission“ aufgestellt, an deren Spitze Ratsherr Hübscher stand, und diese ernannte zunächst an Stelle des zurücktretenden Militärikommandanten Merian den seiner Zeit in englischen Diensten erprobten Oberst Müller. Schon in den nächsten Tagen standen auf den Wällen 30 Geschütze, und in allen Vorstädten wurde am innern Ende das Straßenspazier aufgerissen und mit Geschütz versehene Brustwehren errichtet, um dem Feinde, selbst wenn er ein Tor überwältigen sollte, das weitere Vordringen unmöglich zu machen. Aus der nicht mehr milizpflichtigen Mannschaft bis zum sechzigsten Altersjahr wurde eine nach Quartieren eingeteilte Bürgergarde gebildet und aus dem Zeughaus bewaffnet, und ebenso 60 Studenten, die sich als Freiwillige schon früher anerboten hatten. Zur Vermehrung der Standesstruppe wurden neue Werbungen angeordnet, und außerdem wurde durch einen Landbürger, den aus französischen Diensten heimgekehrten Hauptmann Stöcklin von Benken, teils aus gewesenen „roten Schweizern“, teils aus Milizpflichtigen der Stadt und der nächstgelegenen Dörfer eine 100 Mann starke Kompanie von Freiwilligen gebildet. Diese trugen am Czacko das metallene Bild eines Totenkopfs, ein nicht gerade glücklich gewähltes Symbol, das leicht mißdeutet wurde, und weshalb sie „die Totenköpfler“ genannt wurden.

Alle diese Vorkehrungen dienten jedoch zunächst nur zum Schutze der Stadt. Für das Land hingegen wurden wohl Proklamationen und gutgemeinte Worte des Friedens gedruckt, auch Mittel und Wege zu deren Verbreitung gesucht. Aber zum wirklichen Schutze derer, welche dort draußen treu zur rechtmäßigen Obrigkeit hielten, geschah zur Zeit noch gar nichts. Denn die Regierung fürchtete sich, wie damals Bürgermeister Wieland vertraulich sich äußerte, vor „dem ersten Schuß“, d. h. sie wollte um keinen Preis den Vorwurf auf sich laden, durch bewaffnetes Einschreiten auf dem Lande den drohenden Bürgerkrieg zum Ausbruch gebracht zu haben. Damit ließ sie jedoch ihren Gegnern völlig freies Spiel, und so konnte die Liestaler Volksversammlung auf den ganzen Kanton ungehindert ihre volle Wirkung ausüben.

Wenn nun am Tage nach dieser Versammlung sich in Basel einige Landleute mit rotweißen Kokarden zeigten, so hörte dieses Ärgernis bald auf, da die Torwachen die Weisung erhielten, keinen Träger dieses Zeichens mehr hereinzulassen. Auch hatte es nicht viel zu bedeuten, wenn am Abend desselben Tages der Schlüsselwirt Mesmer von Muttenz in der Stadt auf offener Straße einen geschriebenen Aufruf zu verbreiten suchte, der die Stadtbürger zum Abfall von der Regierung aufforderte. Wie

es aber schon um diese Zeit draußen auf dem Lande züging, und zwar in Basels nächster Nähe, das mögen einige Beispiele zeigen. In Riehen, von wo an der Liestaler Versammlung nur 6 Mann gewesen waren, wurde der Präsident gezwungen, die Gemeinde zu versammeln, und jene 6 forderten mit Ungestüm die Wahl von Ausschüssen, um morgen wieder nach Liestal zu gehen, und zwar mit unbegrenzter Vollmacht zu den weitern dort zu fassenden Beschlüssen. Dabei drohten sie, daß im Weigerungsfalle Riehen das Los Basels teilen und den Besuch von 700 Bewaffneten erleiden werde, indem die Gemeinde „verzeigt“ worden sei, daß sie es mit der Stadt halte. Durch diese Drohung wurden auch die Anhänger der Ordnung eingeschüchtert, und so wurde einstimmig in die Abordnung eines Ausschusses gewilligt. In Binningen, von wo etwa 40 in Liestal gewesen waren, ging man noch weiter, indem der regierungstreue Präsident Stöcklin abgesetzt wurde. In Arlesheim wurden bereits die Landjäger bedroht, weil sie noch die schwarzweiße Kokarde trugen, und derjenige in Oberwil wurde sogar gefangen gesetzt, so daß schon am 6. Januar Oberst Wieland als Polizeidirektor vorschlug, alle Landjäger aus dem Birseck abzuberufen. Im obern Kanton aber wurde z. B. in Sissach jeder beschimpft, welcher ohne rotweiße Kokarde ein Wirtshaus betrat, und in einer Reihe bisher ruhiger Dörfer dieses Bezirks wurden jetzt ebenfalls Freiheitsbäume errichtet. Auch wurde bereits davon gesprochen, daß man, falls die Antwort der Regierung abschlägig laute, alsbald gegen Basel ziehen werde. Überall waren daher die Freunde der Ordnung eingeschüchtert und ratlos, und mit banger Sorge sahen sie der nächsten Zukunft entgegen.

So günstig die Liestaler Versammlung für ihre Veranstalter verlaufen war, so hatte sie doch ihren Zweck insofern nicht erfüllt, als ihre Forderungen von der Regierung mit Entschiedenheit waren abgewiesen worden. Wollten nun die Führer der Bewegung ihr Ziel dennoch erreichen, so war für sie kein anderer Weg mehr vorhanden als derjenige der Gewalt. Auch für Guzwiller war daher die Zeit gekommen, wo er die Bewegung nicht mehr von Basel aus leiten konnte, sondern sich offen an ihre Spitze stellen mußte. Schon am 5. Januar verließ er deshalb die Stadt und kam nach Liestal, wo auf den folgenden Tag, gemäß den Beschlüssen der Volksversammlung, die Ausschüsse der Gemeinden erwartet wurden. Als nun diese aus den meisten Gemeinden wirklich erschienen, um die Antwort der Regierung zu vernehmen, wurde ihnen dieselbe verheimlicht und vorgegeben, es sei überhaupt keine Antwort erfolgt. Erst hierauf, nachdem diese Unwahrheit ihre Wirkung getan, d. h. die Zuhörer mit Unwillen gegen die Regierung erfüllt hatte, wurde ihnen eröffnet, daß es sich jetzt um Aufstellung einer neuen oder provisorischen Regierung handle. Da jedoch diese Ausschüsse zur förmlichen Wahl einer solchen noch keine hinreichende Vollmacht hatten, so wurden sie nur aufgefordert, eine „einstweilige Regierungskommission“ von 10 Mitgliedern zu wählen, was dann auch geschah.

Diese Kommission, in welche neben den bisherigen Führern der Bewegung auch einige Gemäßigte gewählt wurden, erließ unter Guzwillers Vorsitz sofort einen „Volksbeschluß“, des Inhalts: da Basel auf die Forderungen der Volksversammlung keine genügende Antwort gegeben, also „die Rechte des Volkes verletzt“ habe, so solle jede Gemeinde auf morgen den 7. Januar wieder Ausschüsse nach Liestal senden und mit einer von mindestens 5 Bürgern unterzeichneten Vollmacht zur Wahl einer provisorischen Regierung versehen. Zugleich aber sollten diese Ausschüsse aus jeder Gemeinde auch die Listen der waffenfähigen Mannschaft vom 18. bis 45. Altersjahre mitbringen, und das Ganze schloß mit den Worten: „Der Allerhöchste wird uns zum Siege verhelfen“.

Noch vor einem Monat hatte Guzwiller im Großen Rat versichert, daß er der erste sein würde, um demjenigen, der gegen die Stadt ein Gewehr ergriffe, es aus der Hand zu schlagen. Aber dennoch wurden jetzt die Mannschaftslisten zu keinem anderen Zweck eingefordert, als um gegen dieselbe Stadt ein allgemeines Aufgebot vorzubereiten. Allerdings hütete sich nicht allein die Basler Regierung vor dem „ersten Schuß“, sondern das war auch Guzwillers Vorsatz, indem er wohl einsah, wie sehr der Vorwurf, das erste Bürgerblut vergossen zu haben, seiner Sache vor der öffentlichen Meinung schaden könnte. Im Gegensatz zu manchem seiner Gesinnungsgenossen war er daher weit entfernt, einen Angriff auf die Stadt zu planen. Wohl aber hoffte er ihre Bürger in absehbarer Zeit zur Nachgiebigkeit zu stimmen durch eine streng durchgeföhrte, allen Handel und Verkehr hemmende Sperre, und schon hierzu bedurfte es allerdings bewaffneter Mannschaft. Sollten aber die Städter, statt nachzugeben, die Sperre mit Gewalt zu durchbrechen versuchen, so gab es alsdann immer noch Mittel und Wege, sie als die Angreifer hinzustellen. Auf alle Fälle galt es also sich zu rüsten. Doch abgesehen von dieser Sperre, deren baldige Verwirklichung in Liestal vorbereitet wurde, so wurde bereits auch privatim gegen Basel gerüstet und geplant. Schon am frühen Morgen des 6. Januar war einer der Brüder von Blarer von Äsch über Arlesheim nach Rheinfelden gefahren, um dort Pulver zu kaufen, da in Basel jetzt keines mehr abgegeben wurde. Doch in Rheinfelden blieb es nicht beim bloßen Pulverkauf. Denn an demselben Tage noch bot der Spezierer Lüthelmann, bei welchem Blarer seinen Einkauf gemacht hatte, dem Schiffmann Ullrich Bannwarth von Niederschwörstadt 4 Louisdor (Fr. 100.—), wenn er auf einem langen Waidling 60 bis 100 Mann bei Nacht nach Basel führen und beim St. Albantor sie landen wolle. Durch einen nächtlichen Handstreich sollte also das St. Albantor überwältigt und dadurch einem vom Birsfeld anrückenden größern Haufen die Stadt geöffnet werden. Da jedoch der genannte Schiffmann sich nicht dazu verstehen wollte, sondern im Gegenteil die Sache in Basel anzeigte, so wurde dieser kühne Anschlag, der wohl eher von Guzwillers Gesinnungsgenossen als von ihm selber ausging, wieder aufgegeben.

Blarers Fahrt nach Rheinfelden war vom Statthalter Gysendörfer in Arlesheim noch rechtzeitig nach Basel gemeldet worden mit dem Rat, die dort gekaufte Munition auf der Rückfahrt abzufangen; jedoch es geschah nichts. Keinen besseren Erfolg hatte ein zweiter Brief, den dieser Statthalter noch unter demselben Datum nachts 11 Uhr schrieb und durch einen Eilboten an Bürgermeister Wieland sandte. Dieser Brief enthielt die soeben durch einen Vertrauensmann aus Liestal überbrachte Nachricht von der Wahl der zehngliedrigen Regierungskommission und dem unmittelbar bevorstehenden Aufgebot der gesamten Mannschaft zum Zuge gegen die Stadt. Auch schloß er mit dem wohlgemeinten Rate, daß Basel noch vor Tagesanbruch 5 bis 600 Mann mit Geschütz nach Liestal senden sollte, da es jetzt noch möglich sei, durch Verhaftung der Regierungskommission dem Aufstand die Spitze abzubrechen. In seinem vollen Umfang war dieser Rat allerdings zur Zeit nicht ausführbar. Denn mitten in der Nacht konnten 500 Mann nur dann versammelt werden, wenn in der ganzen Stadt Alarm geschlagen wurde, und alsdann wäre der Auszug für die ganze Umgegend kein Geheimnis, und deshalb auch für Liestal keine Überraschung mehr geblieben. Ohne Alarm aber stand nur die Standestruppe mit etwa 100 Mann zur Verfügung, und diese genügten kaum, um das Städtchen in der Dunkelheit völlig zu umzingeln, und den zu Verhaftenden das Entrinnen unmöglich zu machen. War somit der Erfolg auf keine Art sicher, so hätte immerhin auch eine erst bei Tag vollzogene Besetzung Liestals genügt, um die Flucht der aufständischen Kommission zu bewirken und mithin das allgemeine Aufgebot, welches nachher so verhängnisvoll wirkte, noch rechtzeitig zu verhindern. Jedoch bleibt es allerdings sehr fraglich, ob der überaus bedächtige, aus 25 Mitgliedern bestehende Kleine Rat einer solchen Maßregel zugestimmt hätte, und so verstrich in der Tat der entscheidungsvolle 7. Januar, ohne daß Basel irgendwelchen Versuch machte, durch eine militärische Besetzung Liestals dem dortigen Gang der Dinge Halt zu gebieten.

Umso besser wußte hingegen die „einstweilige Kommission“ die Zeit auszunützen. Gleich nach ihrer Ernennung war es neben dem schon erwähnten „Volksbeschluß“ ihre erste Sorge, die Verbreitung aller von Basel ausgehenden Proklamationen und Flugblätter zu verhindern. Schon am Abend des 6. Januar wurden deshalb die aus der Stadt heimkehrenden Botenwagen unterwegs von Chasseurs angehalten und ihnen nicht nur die vorhandenen Proklamationen, sondern auch sämtliche Briefschaften abgenommen, um sie in Liestal zu öffnen. Auch Fußgänger wurden durchsucht, und so wurde z. B. folgenden Tags ein aus Basel heimkehrender Zyzener nahe bei Pratteln auf offener Straße vom Schlüsselwirt Mesmer von Muttenz angepakt, welcher richtig eine Anzahl Proklamationen auf ihm fand. Nicht minder wurde auch die von Guzwiller geplante Sperre gegen die Stadt schon am 7. Januar wenigstens teilweise ins Werk gesetzt. Denn schon am Morgen dieses Tages wurde das Rote Haus durch

18 Aluszüger in Uniform aus Muttenz besetzt, welche abends durch 32 Pratteler abgelöst wurden. Schon am folgenden Morgen mußte deshalb die aus Basel kommende Luzerner Post wieder umkehren, so daß fortan alle Posten nach der Schweiz den Umweg über Grenzach und Rheinfelden zu nehmen hatten.

Inzwischen erschienen am 7. Januar in Liestal die von der Kommission verlangten Abgeordneten zur Wahl einer provisorischen Regierung. Manche von ihnen warteten, bis die Wahl beginnen sollte, im Rathaus und lasen dort die am gestrigen Abend aufgefangenen Proklamationen, von welchen eine große Zahl auf einem Tische lag. Als jedoch Guzwiller das bemerkte, nahm er den Lesern ihre Blätter weg und schaffte alles in einem Korb beiseite. Hierauf ging es um 1 Uhr unter Glockengeläute in die Kirche, wo Guzwiller der Versammlung zunächst mitteilte, daß die einstweilige Regierungskommission für gut befunden habe, der Stadt alle Zufuhr abzuschneiden. Die Milchmänner, die Viehhändler und die Boten sollten daher nicht mehr fahren, und die Mühlteiche sollten abgegraben werden. Als nun einige Hände sich zustimmend erhoben, erklärte er diese Maßregeln als von der Versammlung genehmigt, und nun erst folgte die Prüfung der von den Abgeordneten mitgebrachten Vollmachten. Von den 78 Landgemeinden des Kantons hatten 46 ihre Vollmachten so ausgestellt, daß sie als Zustimmung zur Wahl einer provisorischen Regierung gelten konnten. Von 13 Gemeinden hingegen lauteten sie keineswegs nach den Wünschen der Kommission, und von den übrigen 19 waren überhaupt keine Abordnungen erschienen.

Als nun zur Wahl geschritten wurde, verließen die Abgeordneten einiger jener nicht zustimmenden Gemeinden die Versammlung, während andere aus Furcht blieben und gleich den zustimmenden Gemeinden sich am Wahlgeschäft beteiligten. Doch noch bevor alle 15 Mitglieder der neuen Regierung erwählt waren, begann es zu dunkeln, und so zog die Versammlung, indes es stark zu schneien anfing, aus der kalten Kirche in das geheizte Rathaus, um die Wahl bei Licht fortzuführen, aus welcher neben den Führern der Bewegung auch einige Gemäßigte hervorgingen. Raum war nun die neue Behörde gewählt, für welche Guzwiller als Präsident bezeichnet wurde, so sollte sofort auch die Beeidigung folgen. Wohl meinte einer der Gewählten: man sollte doch warten bis morgen am hellen Tag, denn es schicke sich nicht, bei Nacht zu schwören. Jedoch Guzwiller, der den Zögern nicht Zeit lassen wollte, den folgenschweren Schritt sich zu überlegen, entgegnete schlagfertig: das würde zu viel Unkosten verursachen, wenn man morgen neuerdings müßte zusammenkommen, und zudem hätten ja die drei Eidgenossen im Rütti auch bei Nacht geschworen! Auch die Eidformeln hatte er zum voraus aufgesetzt, und so schworen nun zuerst die Erwählten dem Volke, worauf die Abgeordneten im Namen ihrer Gemeinden schwören mußten, der neuen Regierung und den von ihr ernannten militärischen Befehlshabern den schuldigen

Gehorsam zu leisten. Keiner dieser Abgeordneten hatte gewußt, daß auf die Wahl sogleich die Beeidigung folgen würde, und manche schworen daher sehr ungerne. Jedoch die Leiter des Ganzen zündeten solchen, denen sie nicht recht trauten, mit Lichtern ins Gesicht, um zu sehen, ob sie auch wirklich schworen, und in der Tat wagte es keiner, den Eid zu verweigern. Selbst unter den 15 erwähltern Häuptern befanden sich einzelne, welche die Wahl nur ungerne und aus Furcht annahmen. So wurde z. B. der abwesende Heinrich Strub auf dem Raisen bei Läufelfingen gewählt, obschon er der Verfassungskommission angehört hatte und seither wegen seiner gemäßigten Richtung vielfach verdächtigt und auch durch offene Drohungen geängstigt wurde. Als diesem nun folgenden Tags um 5 Uhr morgens seine Wahl angezeigt wurde, eilte er erschrocken nach Läufelfingen zum dortigen Pfarrer Lutz, der ihm jedoch zur Annahme riet, „um Böses zu verhindern.“ In dieser Hoffnung begab er sich daher nach Liestal, wobei er jedoch unterwegs in Sissach von seinem Schwiegervater hören mußte: es sei gut, daß er komme, sonst wäre er durch die Chasseurs geholt worden.

Noch am Abend des 7. Januar, gleich nach ihrer Wahl, erließ die Provisorische Regierung zunächst eine Proklamation, durch welche sie dem Volk ihre Ernennung angeigte, und gleichzeitig erging ein Rundschreiben an die Statthalter der fünf Landbezirke, worin diese ihrer Pflichten gegen die bisherige Regierung enthoben und ihnen die Wahl gestellt wurde, entweder ihre Entlassung zu begehrten oder der neuen Regierung zu schwören. Schon jetzt wurde aber von ihnen ein Verzeichnis der in Händen habenden öffentlichen Gelder gefordert. Doch auch an die Stadtgemeinde von Basel schien eine Rundgebung unerlässlich, um zu zeigen, daß die ganze Bewegung nicht gegen die Stadt als solche gerichtet sei, sondern nur gegen die dortige Regierung. Es wurde daher ein Schreiben an den Stadtrat gerichtet, worin die Provisorische Regierung ihr Dasein damit zu rechtfertigen suchte, daß „die völlige Auflösung aller gesetzlichen Bande, welche durch die Maßnahmen der ehemaligen Regierung und die Zeitumstände herbeigeführt wurde“, eine möglichst schnelle Wiederherstellung der Ordnung notwendig gemacht habe. Obschon nun die Stadt gegen die Landschaft sich gewaffnet habe, so möchte letztere doch nicht genötigt sein, „die Waffengewalt zu erwiedern,“ und deshalb wurde für morgen eine Abordnung angekündigt, die sich nach Basel begaben sollte, um womöglich mit dem Stadtrat, und gegebenenfalls auch mit der bisherigen Regierung, eine Verständigung zu suchen. Zum Schluß wurde noch angezeigt, daß aus diesem Grunde die seit gestern gegen die Stadt angeordnete Sperre wieder aufgehoben sei, und in der Tat erging noch denselben Abend nach Muttenz ein diesbezüglicher Befehl.

Wie wenig man jedoch in Liestal an eine friedliche Lösung noch glaubte, das zeigte schon das gleichfalls an diesem Abend erlassene Aufgebot, laut welchem aus allen Gemeinden die Mannschaft des Aluszugs in voller Alusrüstung morgen nach-

mittags in Liestal sich einstellen sollte. Speziell an die Auszüger des Birsecks erging die Weisung, sich morgen schon früh um 6 Uhr unter Jakob von Blarer in Reinach zu versammeln, um von dort ebenfalls nach Liestal zu ziehen. In Sissach aber wurde noch denselben Abend der Landjägerposten von 20 Bewaffneten durchsucht, weil man dort — wiewohl vergeblich — den regierungstreuen Major Pümpin von Gelterkinden zu finden hoffte, der als Milizinspektor die Mannschaftslisten in Händen hatte.

Wie vorhin die meisten Gemeinden der Aufforderung zur Sendung von Abgeordneten entsprochen hatten, so gehorchten sie jetzt auch diesem Aufgebot und sandten ihre Mannschaft, jede unter Führung ihres Exerziermeisters. Wo der Gemeinderat der Bewegung günstig war, da bewirkte er durch energisches Aufstreten, daß auch die Widerstrebenden mitzogen, wie z. B. in Langenbrück. Einzelne Gemeinden aber, wie z. B. Waldenburg, gingen hierin noch weiter, indem sie jedem Auszüger einen „Fünfliber“ (Fr. 5.—) als Handgeld auszahlten. An manchen Orten jedoch, und namentlich in Gelterkinden und den oberhalb gelegenen Dörfern, gehorchten sowohl die Gemeinderäte als die Mannschaften dem Aufgebot nur mit Widerwillen und aus Furcht vor den beigefügten Drohungen. Doch außer den Gemeinden des Reigoldswilertales waren es bloß einige vereinzelte Dörfer, welche es wagten, ihre Mannschaft nicht zu senden. Es rückte daher in Liestal im Lauf des 8. Januar der größere Teil der auszugspflichtigen Mannschaft in voller Ausrüstung richtig ein, und ebenso folgte Tags darauf die am 8. aufgebotene Landwehr.

Die gesamte Miliz des Kantons Basel umfaßte an Infanterie 2 Bataillone Auszug und 4 Landwehr, jedes zu 6 Kompanien, ferner an Artillerie 2 Kompanien Auszug und 2 Landwehr, und an Kavallerie ebenfalls 2 Kompanien Auszug und 1 Landwehr. Alle diese Truppenkörper bestanden jedoch ungefähr zu $\frac{1}{4}$ aus Stadtbürgern, und da zudem auch nicht alle Landgemeinden dem jetzt ergangenen Aufgebot Folge leisteten, so mußten die in Liestal einrückenden Mannschaften vorerst neu organisiert werden. Für den Auszug unterzog sich dieser Aufgabe der vor kurzem aus französischen Diensten heimgekehrte Jakob von Blarer, indem er aus der vorhandenen Milizmannschaft ein Bataillon von 7 Kompanien bildete, während etwa 40 Mann, welche früher in Frankreich gedient hatten, zu einer von Sprecher geführten Freikompanie vereinigt wurden. Die folgenden Tags einrückende Landwehr sodann wurde vom neuen Regierungsrat Martin, der früher in Frankreich als Unteroffizier gedient hatte und seit kurzem in der Miliz Lieutenant geworden war, in 2 Bataillone von zusammen 11 Kompanien geteilt. Außerdem noch wurde eine Kompanie freiwilliger, mit Stützen bewaffneter Schützen gebildet.

Die größte Schwierigkeit bei der Organisation der Streitkräfte bildete der Mangel an geeigneten Führern. Denn nicht nur waren die meisten bisherigen Milizoffiziere Stadtbürger, sondern auch unter den 35 Offizieren vom Lande, welche meistens als

Landwehrleutnants dienten, fand sich kaum ein Dutzend, welche wirklich der Provisorischen Regierung anhingen. Von den übrigen hingegen blieb die Mehrzahl dem Aufstande fern, indem sie entweder rechtzeitig entflohen, oder solchen Gemeinden angehörten, welche keine Mannschaft sandten. Bei 8 Offizieren aber gelang es, durch allerlei Drohungen gegen sie selbst und ihre Familien, sie derart einzuschüchtern, daß sie schließlich mit der Mannschaft ihres Dorfes nach Liestal zogen, wo sie wohl oder übel das ihnen zugesetzte Kommando übernehmen mußten. Das sprechendste Beispiel solchen Zwanges ist wohl der Landwehrleutnant Degen von Oberwil, der in Basel bis Samstag den 8. Januar bei einem Tuchscherer in Arbeit stand, in seiner Heimat aber Haus und Familie hatte, und welchem im Hinblick auf die ausgestoßenen Drohungen sogar zwei Mitglieder der Basler Militärkommission keinen andern Rat wußten, als die Stadt zu verlassen und dem Aufgebot der Aufständischen Folge zu leisten.

Auf diese Weise gelang es, den meisten Kompagnien wenigstens einen Offizier als Hauptmann zu geben, und nur bei wenigen bekleidete dieses Amt ein bisheriger Unteroffizier. An der Spitze des Ganzen aber standen als „Kriegskommissäre“ die beiden Regierungsmitglieder Mesmer und Martin, und neben diesen als dritter noch Jakob von Blarer, der als Führer des Auszügerbataillons erst „Herr Major“, bald aber „Herr Oberst“ tituliert wurde. Während Martin anfänglich in Liestal blieb und bald für die Ruhe innerhalb der Landschaft zu sorgen hatte, schlug Mesmer, der bisherige Landwehr-Artillerieleutnant, sein Hauptquartier in Muttenz auf und führte von dort aus den Oberbefehl über sämtliche vor Basel stehende Truppen, also auch über Blarer und seine Auszüger. Für die 2 Landwehrbataillone fanden sich keine besondern Führer, weshalb die Kompagnien ihre Befehle direkt von Mesmer und zum Teil auch von Blarer empfingen. Raum aber war durch letztern am Nachmittag des 8. Januar das Auszügerbataillon organisiert und aus dem Liestaler Zeughaus notdürftig mit Munition versehen, so wurden seine Kompagnien noch denselben Abend in die Dörfer unterhalb Liestal bis nach Muttenz verlegt und dort einquartiert.

Während dies auf der Landschaft geschah, schwankte die Stadt zwischen Sorge und Hoffnung. Als man am Vormittag des 7. Januar die in der Hardt zurückgewiesene Luzernerpost wieder die Freie Straße herabkommen sah, da schien es manchem, als stehe bereits ein Sturm der Aufständischen bevor, und schon schlossen vorsichtige Ladenbesitzer ihr Geschäft, bis der blinde Lärm sich wieder legte. Zugleich aber kamen an diesem Tage sowohl von den französischen Grenzbehörden als auch vom badischen Oberamt Lörrach wohlwollende Zusicherungen über polizeiliche und zum Teil auch militärische Bewachung der Grenzen, wodurch namentlich das am schwächsten befestigte Kleinbasel gesichert schien. Noch bedeutsamer jedoch erschien der an demselben Tag gefaßte Beschuß der Gemeinde Riehen, ihren Freiheitsbaum umzuholzen und fortan fest zur

Stadt zu halten. Auch kamen nach Basel noch denselben Abend Abgeordnete von Binningen, Bottmingen und Oberwil mit der Erklärung, daß diese Gemeinden ganz zur Herstellung der Ordnung gestimmt seien. Es wurde daher von der Militärkommission für den folgenden Tag eine kleine Expedition beschlossen, um in diesen Dörfern mit ihrer noch vorhandenen Mannschaft einen gemeinsamen Sicherheitsdienst einzurichten.

Das Verhalten dieser nächstgelegenen Gemeinden schien zur Hoffnung zu berechtigen, daß ein ähnlicher Umschwung auch in andern Dörfern sich vollziehen werde. Schon ließen sich deshalb Stimmen vernehmen, welche meinten, daß auf diesem Wege binnen 14 Tagen der ganze Aufstand in sich selbst zerfallen werde, und diese Meinung scheint auch im Kleinen Rat vorgeherrscht zu haben. Denn weit entfernt, dem öffnen Aufstand mit allen Machtmitteln entgegenzutreten, erließ diese oberste Behörde am 8. Januar nur einen „Aufruf an die irregeföhrten Bewohner der Landbezirke“, worin diese zur Heimkehr und zur Niederlegung der Waffen aufgefordert und ihnen unter dieser Bedingung „die Hand der Versöhnung“ angeboten wurde. Immerhin erkannte der Kleine Rat, daß er mit seinen 25 Mitgliedern ein allzu schwerfälliges Organ sei, um bei der jetzigen Lage alle erforderlichen Beschlüsse mit der nötigen Beschleunigung zu fassen, und deshalb ernannte er aus seiner Mitte noch desselben Tags eine fünfgliedrige „Regierungskommission“, an deren Spitze der Amtsbürgermeister stand, und welche fortan alle den Aufstand berührenden Geschäfte zu erledigen hatte.

Der Umschwung, welcher sich in Binningen zugunsten der Stadt schien vollzogen zu haben, war teilweise das Werk eines eifrigen Stadtbürgers, des Notars und Kriminalgerichtspräsidenten Niklaus Bernoulli, der am 7. Januar diese nächstliegende Gemeinde ohne irgendwelchen amtlichen Auftrag besucht und belehrt hatte. Der scheinbare Erfolg ermutigte ihn, diese Wirksamkeit folgenden Tags in größerem Maßstab fortzusetzen und die Dörfer im obern Kanton, mit Brezwil beginnend, der Reihe nach in ähnlicher Weise zu besuchen. Mit Exemplaren der „Worte des Friedens“ reichlich versehen, begab er sich morgens auf den Weg, der ihn über Reinach und Dornach nach Brezwil führen sollte. Als er unterwegs sich erkundigte, ob Reinach etwa schon von Aufständischen besetzt sei, wollte niemand solche gesehen haben, und so zog er getrost seines Weges. Wie er jedoch in das Dorf kam, sah er vor dem Wächterhause einen Haufen Menschen stehen und darunter eine Anzahl Soldaten. Die Auszüger von Oberwil waren nämlich hier erst eingetroffen, als diejenigen der andern Gemeinden schon längst nach Liestal abmarschiert waren. Umzukehren war nicht mehr möglich, und so redete der Ankommende unerschrocken die versammelte Menge an, um sie über die wohlmeintenden Absichten der Regierung zu belehren. Bald genug zwar wurde er durch Zwischenrufe unterbrochen; aber die unbewaffneten Dorfbewohner drängten sich herzu, um ihn weiter zu hören, und ein Maurer, der ihn kannte, stellte sich neben ihn und forderte ihn auf, nur fortzufahren. Da riefen einige Soldaten: „Will denn

Reinach abfallen?" Gleich darauf erhielt der Redner von einem derselben einen Kolbenstoß auf die Brust, und als einige Reinacher ihn schützen wollten, bekamen sie selber Stöße. Als er nun diese aufforderte, zur Abwehr ebenfalls zur Waffe zu greifen, da begannen mehrere Soldaten ihre Gewehre zu laden, während andere ihn ergriffen, um ihn gefangen nach Liestal zu führen. Er wehrte sich, wurde jedoch zu Boden gerissen, mit Kolbenstößen und Fußtritten mißhandelt und auf ein in der Nähe stehendes Fuhrwerk geschleppt, welches nach Muttenz fuhr. Wohl folgten die entrüsteten Reinacher noch eine Strecke weit, doch ohne einen Befreiungsversuch zu wagen, und auch die letzte Hoffnung des Gefangenen, daß unterwegs eine Streifwache aus Basel ihn befreien könnte, erwies sich als trüglich. Denn über die Münchensteinerbrücke und von dort über den Berg ging die Fahrt nach Muttenz, wo der Schreiner Hammel der Bewachung sich anschloß und von dort bis Liestal die Führung übernahm.

In Liestal wurde der Gefangene zunächst mit dem Rufe begrüßt: man solle ihn am Freiheitsbaum aufhängen! Für die Provisorische Regierung aber, vor die er im Rathaus nun geführt wurde, bedeutete seine Gefangennahme keinen erwünschten Erfolg, sondern eher eine Verlegenheit, und deshalb stellte Guzwiller die erste an ihn gerichtete Frage so, daß er durch eine Notlüge seine Freilassung hätte ermöglichen können. Statt dessen jedoch gab er zur Antwort, daß er als Großerat und Gerichtspräsident sich keinem Verhör unterwerfe, das nicht durch diejenige Regierung angeordnet sei, welche er für die rechtmäßige erkenne. Auf dieses hin wurde er als Gefangener zunächst in das gegenüberliegende Haus des bisherigen Großerats und nunmehrigen Regierungsrats Brüderlin-Plattner geführt, wo er eine Schildwache vor die Zimmertür und eine zweite vor das Fenster erhielt, vom Hausherrn aber durchaus wohlwollend behandelt wurde.

Einen ähnlichen Versuch wie Präsident Bernoulli machte gleichzeitig einer jener in der Stadt wohnenden Landbürger, von welchen Tags zuvor der schon erwähnte Aufruf ausgegangen war, nämlich Emanuel Schäfer, der Angestellte einer Bandfabrik und zugleich Lieutenant in der Miliz. Auch dieser verließ Basel am Morgen des 8. Januar und gelangte über Binningen und Terwil nach Reinach, wo er jedoch nur mit dem Wirte sprach und deshalb nichts von dem vernahm, was kurz zuvor dort geschehen war. Sein nächstes Ziel war seine Heimat Lupzingen und das benachbarte Zysen, wo übrigens für ihn wenig mehr zu tun blieb, da sämtliche Gemeinden des Reigoldswilertales, wie wir noch sehen werden, sich bereits für die Stadt erklärt hatten. Er setzte daher folgenden Tags seine Wanderung fort, indem er die kleineren Gemeinden des Sissacher Bezirks durchzog und überall Druckschriften verteilte und das Volk belehrte. Spät abends jedoch, als er noch Maisprach als sichere Zuflucht erreichen wollte, stieß er bei Buus auf eine Streifwache der Aufständischen, die ihn anhielt und genau durchsuchte. Da er noch eine Anzahl Proklamationen bei sich trug,

so wurde er als Gefangener über Sissach nach Liestal geführt, wo er erst nach Mitternacht eintraf. Hier nun wurde er als „Verräter“ schon im Rathaus auf die rohste Weise mißhandelt, dann in den Wasserturm geführt, wo er sehr von der Kälte litt und den nagenden Hunger erst Montag abends mit einer Mehlsuppe stillen konnte. Einige Stunden später, nachts 10 Uhr, wurde er unter neuen Mißhandlungen wieder aufs Rathaus geführt, wo der hochdeutsch sprechende Anton von Blarer, der gewesene Regimentsauditor in französischen Diensten, als Präsident der Polizeikommission ihn verhörte. Dieser eröffnete ihm hierauf, daß er des Hochverrats schuldig sei und somit nach dem Basler Kriminalgesetz 4 Jahre Kettenstrafe verdient habe, daß jedoch die Regierung den Weg der Milde einschlagen wolle und ihn deshalb nur, um ihn unschädlich zu machen, in Haft behalten werde. Er wurde daher in den Wasserturm zurückgeführt, der sich bald genug mit weitern Leidensgefährten füllte, wo er aber fortan sein Essen auf seine Kosten aus einem Wirtshaus bezog.

Nicht alle, welche Flugblätter verbreiteten, traf übrigens solches Mißgeschick wie Schäfer. So sandte z. B. der gegen Basel freundlich gesinnte Posthalter Frey von Olten an denselben Sonntag, wo jener verhaftet wurde, über den Hauenstein bis nach Liestal einen Vertrauensmann, welcher unterwegs in allen ihm bekannten Häusern Druckschriften austeilte und auf Umlegen nachher unentdeckt wieder heimkehrte. Ebenso gelangte an diesem Tag ein mit Basel befreundeter Bewohner von Seckingen, namens Landbeck, mit Druckschriften über Gelterkinden bis hinauf nach Oltingen und wieder zurück, ohne verraten zu werden. Doch blieb immerhin noch ein großer Teil der Bevölkerung, dem kein einziges solches Blatt zu Gesicht kam.

Während Schäfers Schicksal in Basel nicht so bald bekannt wurde, erfuhr man hier die Gefangennahme des Präsidenten Bernoulli schon in der nächsten Stunde durch einen Korbmacher von Grellingen, der unterwegs in Reinach Zeuge jenes Vorfalls gewesen war. Kurz vorher aber, d. h. vormittags 10 Uhr, hatte die schon erwähnte, für Binningen und andere Nachbargemeinden bestimmte Expedition die Stadt verlassen, nämlich 120 Mann der Miliz. Oberst Wieland, der sie führte, entsandte zunächst zwei Abteilungen nach Binningen und Ullschwil. Jedoch diese Gemeinden, deren Aluzugsmannschaft diesen Morgen bereits nach Liestal abgegangen war, zeigten jetzt nicht mehr den Mut, sich offen auf Seite der Stadt zu stellen, sondern gaben bloß die Zusicherung, an keinem Angriff gegen sie teilzunehmen. Den offenen Anschluß wagte einzig das kleine Bottmingen, indem es seine 30 Mann der Stadt zur Verfügung stellte. Zum Schutz dieses Dorfes wurden daher 2 Offiziere mit 20 Freiwilligen zurückgelassen, welche im Verein mit der einheimischen Mannschaft das dortige Schloß besetzten. Gerne wäre Oberst Wieland noch weiter vorgerückt bis Reinach. Doch über den umständlichen Verhandlungen mit den Gemeinden war die Zeit verstrichen, und so kehrte er seiner Instruktion gemäß bei Einbruch der Nacht in die Stadt zurück.

Noch bevor diese Rückkehr durch das Spalentor erfolgte, wurde am Äschentor abends 4 Uhr durch einen Trompeter die schon erwähnte Abordnung der Provisorischen Regierung angemeldet, welche eine Unterredung mit dem Stadtrat begehrte. Sie wurde am Tor durch eine Anzahl Offiziere empfangen, an deren Spitze Oberstleutnant Landerer ritt, und von dort in ihrem Wagen bis zum Stadtkasino begleitet, wo Stadtratspräsident Bischoff sie erwartete. Unter den 4 Abgeordneten befanden sich friedliebende Männer wie Pfleger Hoch und Heinrich Strub, welch letzterer diese Sendung gerne angenommen hatte in der stillen Hoffnung, entweder Frieden zu stiften oder bei dieser Gelegenheit entrinnen zu können. Auch ein drittes Mitglied, Gemeindepräsident Schaub von Bubendorf, war wenigstens kein Terrorist. An der Spitze jedoch stand als Wortführer der zielbewußte Anton von Blarer, der dem Auftrage gemäß die Stadtgemeinde aufforderte, die Provisorische Regierung als die allein noch rechtmäßige anzuerkennen und sich ihr anzuschließen. Wohl ergriff auch Strub das Wort, indem er dringend bat, daß zwischen Stadt und Land doch noch weiter unterhandelt würde. Jedoch auf der Grundlage von Blarers Forderung schien dem Vertreter der Stadtgemeinde überhaupt keine Unterhandlung mehr möglich, und so schloß seine Antwort mit der Erklärung: „die Stadtgemeinde erkenne ihre Pflicht gegen die bestehende Regierung und werde vom Weg der Ehre und Gesetzlichkeit niemals abweichen, und deshalb können weitere Verhandlungen hierüber nicht stattfinden.“ Damit war nun die Unterredung zu Ende, und unbefriedigt verließen die 4 Abgesandten das Kasino, um wieder ihren Wagen zur Heimfahrt zu besteigen. Draußen aber, am Steinenberg, wurden sie von einer inzwischen angesammelten Volksmenge mit einer Flut der rohesten Schimpfwörter überschüttet, und nur mit Mühe gelang es den sie wieder zum Äschentor begleitenden Offizieren, wenigstens tätliche Beleidigungen von ihnen fernzuhalten. Zum Überfluß geschah es noch, daß einer von ihnen, Schaub von Bubendorf, beim Besteigen des Wagens sich an einer Schnalle das Bein riss, so daß er anfänglich selber glaubte, mit der Spitze eines Taschenmessers gestochen zu sein. Unter solchen Eindrücken kehrte die Gesandtschaft nach Liestal zurück.

So sehr das rohe Benehmen des städtischen Pöbels den schon vorhandenen tiefen Riß noch verschärfen mußte, so war immerhin auch jetzt noch die Möglichkeit einer friedlichen Lösung nicht völlig ausgeschlossen. Denn wenn über den Kernpunkt des ganzen Streits, nämlich über das Vertretungsverhältnis im Großen Rat, eine Verständigung nicht mehr möglich schien, so war doch der drohende Bürgerkrieg noch zu vermeiden, sofern beide Teile, Stadt und Land, in eine friedliche Trennung ihres bisherigen Staatswesens willigten. Ein Beispiel dieser Art bot ja der Kanton Appenzell, der infolge konfessioneller Gegensätze schon seit Jahrhunderten zwei zwar völlig getrennte, aber dennoch friedlich neben einander lebende Gemeinwesen bildete. Daß nun ein

solcher Vorschlag bei der städtischen Regierung auf unbedingten Widerstand stoßen würde, das war bei ihrer bisherigen Haltung kaum zu befürchten. Es schien also der Versuch wohl der Mühe wert, dem bevorstehenden Bürgerkriege auf diesem Wege noch in eilfster Stunde vorzubeugen. In der Tat wurde der Trennungsgedanke schon in der nächsten Sitzung der Provisorischen Regierung, Sonntags den 9. Januar, durch Strub vorgebracht und warm befürwortet. Jedoch die einflussreichsten Mitglieder der Regierung, die beiden Birsecker Guzwiller und Blarer, sprachen dagegen, und so blieb Strub mit seinem Antrag in der Minderheit. Es war daher ganz umsonst, daß Guzwiller desselben Tags auch von dem gefangenen Bernoulli „in fast flehentlichem Ton“ gebeten wurde, doch die Trennungsfrage noch ernstlich zu erwägen. Denn die Antwort lautete kurz: „Die Regierung findet dies gar nicht notwendig.“ Für Guzwiller genügte es also nicht, der Landschaft allein eine Verfassung und Regierung ganz nach seinem Sinn zu geben, sondern die Stadt mit ihren reichen Hilfsquellen sollte auch dabei sein, gleichviel ob gern oder ungerne.

Von friedlicher Trennung war somit keine Rede mehr, und umso eifriger wurden nun die begonnenen Rüstungen fortgesetzt. Wie schon bemerkt, war auf Sonntag den 9. Januar die gesamte Landwehr aufgeboten, und wie Tags zuvor der Auszug, so zog auch diese Mannschaft aus ihren Dörfern schon in der Frühe nach Liestal, wo die Kompanien organisiert wurden. Noch desselben Tags rückte ein Teil dieser Truppen bis Muttenz und Münchenstein, indes Blarer mit den Auszügern bei letzterm Orte die Birs überschritt und die jenseitigen Dörfer bis Ullschwil besetzte. So reichte nun die Sperrung gegen Basel vom Rhein beim Birsfeld bis hinüber zur französischen Grenze, und zur Herstellung einer bequemeren Verbindung zwischen Muttenz und Binningen, wo Blarer sein Hauptquartier hatte, wurde schon folgenden Tags bei der Neuen Welt der Bau einer Notbrücke über die Birs begonnen und am 11. Januar vollendet. Zugleich aber wurde das Abschlagen des St. Albanteiches und des Rümmelinbaches, sowie auch die Abgrabung verschiedener Brunnenquellen befohlen, was jedoch nur teilweise zur Ausführung gelangte.

Der Sold und die Verpflegung dieser wohl 1800 Mann oder mehr zählenden Streitmacht sollte vorläufig aus den Staatsgeldern bestritten werden, welche sich im Betrage von über Fr. 3000.— in den Kassen der bisherigen Statthalter und anderer Beamten vordanden. Auch der äußerst knappe Munitionsvorrat, welchen das Liestaler Zeughaus enthielt, mußte durch den Ankauf alles irgendwie erreichbaren Schießpulvers ergänzt werden, das nun in höchster Eile zu Patronen verarbeitet wurde. Zugleich aber wurde auch nicht versäumt, sich um Hilfe aus den Nachbarkantonen Aargau und Solothurn zu bewerben. Schon am 7. Januar war in Liestal Fridolin Holer von Wegenstetten erschienen, ein Mensch, der zwar 1815 von einem eidgenössischen Kriegsgericht zu vierjähriger Kettenstrafe war verurteilt worden, jetzt aber als aar-

gauischer Verfassungsrat eine willkommene Erscheinung war. Dieser hatte versprochen, aus dem Fricktal eine Freischar von 500 Mann zusammenzubringen, welche in Liestal am 10. eintreffen sollten. Zugleich noch wandte man sich auch nach Alarau, um aus dem dortigen Zeughaus Geschütz zu erlangen, da in Liestal nur 3 alte Zweipfünderkanonen vorhanden waren. Doch diese Bemühungen hatten, wie zu erwarten war, keinen Erfolg. An ihre vor Basel stehenden Truppen aber richtete die Provisorische Regierung ebenfalls am 10. eine Proklamation, worin hauptsächlich die in Basel ihrer Gesandtschaft widerfahrene Beleidigung in den grellsten Farben dargestellt und behauptet wurde: es seien „ihnen allerwärts die Messer entgegen gehalten, ja sogar einer beim Einstiegen rücklings in das Bein verwundet“ worden. Nachdem noch die aus Alargau und Solothurn versprochene Hilfe erwähnt worden, schloß diese Kundgebung mit den Worten: „Unsere Sache ist die der ganzen Schweiz; die ganze Eidgenossenschaft sieht auf euern Mut für die Sache der Freiheit und der politischen und bürgerlichen Gleichheit.“

Während so die Provisorische Regierung in rastloser Tätigkeit sich rüstete und in Basels nächster Umgebung ihre Streitmacht aufstellte, beobachtete die städtische Regierung, ob schon gerüstet, aus Scheu vor dem ersten Schuß auch jetzt noch eine zuwartende Haltung. Sie glaubte vorerst die Wirkung ihres jüngst ergangenen Aufrufs vom 8. Januar abwarten zu sollen, indem sie noch immer sich der Hoffnung geträstete, daß die bessere Einsicht bald wieder Oberhand gewinnen und infolge dessen der Aufruhr ohne Blutvergießen in sich selbst zerfallen werde. Es war daher ganz vergeblich, wenn z. B. ein Landbürger, welcher der eben in der Bildung begriffenen Freikompagnie Stöcklin angehörte, die Regierungskommission in einem anonymen Briefe bat, doch wenigstens „uns Freiwillige“ ausrücken zu lassen, da mit bloßen Aufrufen und Proklamationen nichts zu erreichen sei. Doch ebenso wirkungslos blieb die schon am 8. Januar aus Gelterkinden einlaufende Nachricht, daß in allen Dörfern oberhalb Sissach die Freunde der Ordnung jetzt noch Meister seien und nur auf eine Offensivebewegung von Seite der Stadt warteten, um sich offen für sie zu erklären. Wohl war man geneigt, solche Gemeinden, falls sie es wünschten, auf Umwegen mit Munition und Offizieren zu versehen. Statt aber den erwarteten Vorstoß von der Stadt aus zu wagen, wurden im Gegenteil — lediglich zum Schutz der Stadt — schon am 9. Januar sowohl die Fahrbrücke beim Birsfeld als auch der Steg bei St. Jakob durch Abdeckung ungangbar gemacht. Selbst die Besetzung des Bottminger Schlosses, die doch von der Militärkommission nur auf den Wunsch dieser Gemeinde war angeordnet worden, fand nicht die Billigung der obersten Behörde. Denn ebenfalls am 9. Januar erhielt die Militärkommission die Weisung, künftig über alles, was sie „außerhalb der Stadt“ anordnen wolle, vorher die Regierungskommission anzufragen, indem Vorsicht nötig sei, „damit ja die Kräfte der Stadt nicht allzusehr geschwächt werden.“

Demgemäß wurde noch desselben Tags die kleine Besatzung aus Bottmingen zurückgezogen, worauf dann abends, wie schon erwähnt, die Aufständischen bei Münchenstein die Birs überschritten und gleich den umliegenden Gemeinden auch Bottmingen besetzten.

3. Das Reigoldswilertal und Gelterfinden.

So wenig nun diese Haltung der Stadt geeignet war, die Freunde der Ordnung auf dem Lande zum Widerstand gegen die Provisorische Regierung zu ermutigen, so geschah es dennoch, daß einzelne Kantonsteile sich erhoben, um sich offen für die bisherige Regierung zu erklären. Zwar hatte es wenig zu bedeuten, wenn die abgelegene und vereinzelte Gemeinde Maisprach, deren Mithörer J. J. Wirz in Basel dem Kleinen Rat angehörte, gegen den Aufstand sich von Anfang an ablehnend verhielt und ihm keinerlei Zuzug leistete. Gelterfinden aber, samt den umliegenden Dörfern, hatte sich, wiewohl ungerne, dem Aufgebot gefügt und seine Mannschaft ziehen lassen, da der erwartete Vorstoß von Basel her nicht erfolgt war. Auch aus dem Reigoldswilertal, dessen Gemeinden das Aufgebot erst am Vormittag des 8. Januar erhalten hatten, waren aus den obren Dörfern, aus Bremgarten, Laupen und Reigoldswil, die Auszüger gleich nachmittags aufgebrochen, um über Zofingen und Bubendorf nach Liestal zu ziehen. Doch schon in Zofingen entstand ein unerwarteter Aufenthalt. Hier nämlich war der Ortspfarrer, J. J. Linder, mit großer Wärme und Kraft für die Sache des Friedens und der gesetzlichen Ordnung eingetreten, und auf seine Anregung hatte die Gemeinde unter ihrem Präsidenten Recher beschlossen, dem Aufgebot keine Folge zu leisten, sondern statt dessen an die Provisorische Regierung ein höfliches Schreiben zu richten mit dem Gesuch: es möchte aus jeder Gemeinde des Kantons ein Abgeordneter nach Basel gesandt werden um den Frieden zu vermitteln. Zugleich aber sollten womöglich auch die Nachbargemeinden zur Verweigerung des Zuzugs und zur Unterzeichnung dieses Briefes bewogen werden.

Dieses Schreiben war bereits durch Abschriften vervielfältigt und rings in die Dörfer versandt, als um 3 Uhr die Mannschaft der obren Gemeinden mit einer von Liestal geschenkten roten Fahne erschien, und mit ihnen zwei Gemeinderäte von Reigoldswil. Pfarrer Linder, von seiner ganzen Gemeinde, Männern, Weibern und Kindern begleitet, ging ihnen entgegen und bat sie flehentlich, nicht weiter zu ziehen. Da blieb die Schar vorläufig stehen, und der Pfarrer bewog die beiden Reigoldswiler Gemeinderäte, im Hause des Zofinger Präsidenten sich mit den bereits eingetroffenen Vertretern mehrerer Nachbargemeinden zu besprechen. Diese Beratung hatte zur Folge, daß der Brief an die Provisorische Regierung von den Vertretern